



Regierung hat europäische Lösung für Opel vernachlässigt

Pressemitteilung von Ulla Lötzer, 14. September 2009

"Monatelang hat die Bundesregierung die Interessen der anderen europäischen Opel-Standorte ignoriert. Jetzt bekommt sie die Quittung dafür", erklärt Ulla Lötzer zur Intervention Großbritanniens gegen den Opel-Deal. Die Sprecherin der Fraktion DIE LINKE für internationale Wirtschaftspolitik und Globalisierung weiter:

"Von Anfang an war klar, dass eine gemeinsame europäische Lösung gefunden werden muss. Doch Bundeswirtschaftsminister Karl-Theodor zu Guttenberg markierte lieber den starken Mann. Kein Wunder, dass die britische Regierung nun bei der EU-Kommission wegen der deutschen Staatshilfen vorstellig wird. Schließlich stehen auch die Arbeitsplätze bei Vauxhall auf dem Spiel.

Es ist allerhöchste Zeit für einen runden Tisch unter Einbeziehung aller betroffenen europäischen Regierungen und Gewerkschaften. Nur ein gemeinsames Vorgehen kann verhindern, dass die Standorte gegeneinander ausgespielt werden - zu Lasten der Beschäftigten. Scheitert eine Zukunft für

Opel an der EU-Kommission, hat das allein die Bundesregierung zu verantworten."